

Deutschlands Demokratie im Fadenkreuz

Linke rufen zum Mord an Alice Weidel auf.

Politik und Medien schweigen dröhnend.

Es ist ein unverhohlener Aufruf zu politischem Mord. Das Bild zeigt AfD-Chefin Alice Weidel mit einem Fadenkreuz über dem Gesicht. Darunter steht der Imperativ: «Aim here», «Ziele hier». Veröffentlicht hat das Bild, das in sozialen Netzwerken sowie als Aufkleber im Stadtgebiet von Hannover verbreitet wird, die Linksjugend, eine Jugendorganisation der Partei Die Linke, die gemäss jüngsten Umfragen gegenüber dem Abschneiden bei der letzten Bundestagswahl im Aufwind ist und deren Fraktionsvorsitzende Heidi Reichinnek sich in einschlägigen Kreisen einen gewissen Kultstatus erworben hat. Bis 2019 war sie selbst Landessprecherin der Linksjugend Niedersachsen.

Glänzen durch Wegschauen Der linke Nachwuchs war bereits beim tödlichen Attentat auf Charlie Kirk in die Schlagzeilen geraten, als er den Mord am konservativen Brückenbauer einer lagerübergreifenden, blasensprengenden Debatte an US-Universitäten feierte. «Blutige und rechte Politik führt zu blutigen Patronen», schrieb die Linksjugend damals. Es sei ein «fataler Fehler», um den Unterstützer Donald Trumps zu trauern.

Mit «einem gezielten Schuss» sei «das Ende seiner rechtsradikalen menschenverachtenden und ausbeuterischen Politik besiegelt» worden. Und jetzt also fordern dieselben linken Kreise unmissverständlich zu einem gezielten Schuss auf Alice Weidel auf («Aim here»). Das ist ungeheuerlich – aber ungeheuerlich ist auch das dröhnende Schweigen der Politik und der Medien dazu. Hier wird eine gewählte Volksvertreterin aufgrund ihres politischen Engagements wörtlich-symbolisch ins Fadenkreuz genommen – und man hört und liest dazu so gut wie nichts. Wo ist der Bundeskanzler Friedrich Merz, wo ist der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier? Wo sind die Bundestagsabgeordneten, die sich schützend vor ihre bedrohte Kollegin stellen? Wo sind all die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen und Organisationen die sonst nicht müde werden, Menschenrechte, westliche Werte, Gewaltfreiheit und Demokratie zu predigen?

Auch die grossen Zeitungen und Magazine des Landes, eine Süddeutsche, eine FAZ, ein Spiegel, glänzen durch Wegschauen, was einer Form von Duldung und passiver intellektueller Hilfeleistung für das öffentliche Aufordern zu Straftaten sowie Bedrohung gleichkommt. Fehlanzeige auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern von ARD und ZDF. Das Letzte, was das Erste zum Stichwort «Fadenkreuz» und AfD brachte, war ein Bericht vom 18. Juni 2024, der gegen die Alternative gerichtet war («Gemeinnützige Organisationen im Fadenkreuz der AfD»). Nicht auszudenken, welche Hölle jetzt los wäre, wäre es umgekehrt, würden junge AfD-Mitglieder im Netz und auf deutschen Strassen solcherart zum Mord an einer Chefin, einem Chef einer anderen Partei aufrufen. Dann müsste man die Nachricht nicht wie jetzt im Fall der Linksjugend und ihres Angriffs auf Alice Weidel versteckt in alternativen Medien suchen, sie würde Titelseiten und Sondersendungen füllen, und der Bundespräsident würde in seine Redenschatulle greifen und Sätze sagen wie: «Politische Gewalt trifft nicht jeden, aber sie betrifft uns alle. Sie bedroht unsere Art zu leben, sie bedroht unsere Freiheit.»

Oder er würde formulieren: «Demokratie lebt davon, dass Auseinandersetzungen mit Respekt vor dem anderen geführt werden.» Das sagte er tatsächlich so, vor gut einem Jahr an einem runden Tisch zu politisch motivierter Gewalt in seinem Schloss Bellevue. Heute, angesichts einer der krassesten politisch motivierten Gewaltandrohungen der letzten Jahre in der Bundesrepublik, bringt der Schlossherr kein Wort über die Lippen. Es betrifft ja nur eine AfD-Politikerin, es betrifft ja nur Alice Weidel. Reiche erschiessen Gleichzeitig darf eine Altkanzlerin Angela Merkel die rechte Opposition im ZDF gänzlich unwidersprochen eine «menschenverachtende Partei» nennen, wie ja auch die Linksjugend Charlie Kirk eine «menschenverachtende» Politik vorgeworfen hat. Zieht man weiter in Betracht, mit welchen Mitteln, auch staatlichen Fördermitteln, in Deutschland seit Jahr und Tag «gegen rechts», also gegen die AfD, mobilisiert, wie, unbeirrt von jeder Wahl und demokratischer Meinungsbekundung, bis zum Kanzler hinauf an der irrwitzigen «Brandmauer» festgehalten, wie munter und geschichtsblind die hirnlose Faschismuskeule geschwungen wird, oder erinnert man sich an die Fantasien der Linken von «Erschiessungen von Reichen» auf einer Konferenz in Kassel im Jahr 2020 – ja, dann kann einem schon bange werden um dieses Deutschland.